



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

50 Bergsträßerinnen und Bergsträßer zu Besuch in der Bundeshauptstadt

Berlin/Viernheim, März 2009 – Auf Einladung der Bergsträßer Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht (SPD) hatten 50 Bergsträßerinnen und Bergsträßer die Gelegenheit, vier Tage lang das politische Berlin zu erkunden. Neben der Besichtigung von historischen Orten, Museen und Ministerien standen auch ein Besuch beim Deutschen Bundestag und ein Gespräch mit Christine Lambrecht auf dem Besuch.

Im Mittelpunkt der politischen Diskussion standen Atomausstieg und regenerative Energien. Christine Lambrecht erläuterte Standpunkte der SPD im Hinblick auf den Atomausstieg sowie Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung erneuerbarer Energien.

In diesem Zusammenhang wurde auch die ablehnende Haltung der hessischen Landesregierung gegenüber Windrädern sowie der fahrlässige Umgang mit dem AKW Biblis thematisiert. „Wenn die Landesregierung erklärt, dass das AKW Biblis solange am Netz bleiben würde bis Sicherheitsrisiken aufträten, dann müssen alle Bürger in der Region alarmiert sein. Den Umgang der Regierung Koch mit der Sicherheit der Bevölkerung ist nicht nur zynisch sondern auch fahrlässig“, so Christine Lambrecht. „Die Ablehnung der Windkraftträder ist rational nicht erklärbar, trägt denn etwa ein Hochspannungsmast, eine Autobahn oder ein AKW zur Schönheit der Region bei?“

Auf die Frage, ob die Bundesregierung denn ein halbes Jahr vor der Bundestag noch konsensfähig sei, verwies Lambrecht



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

auf das soeben erweiterte Schulstarterpaket. Die Einmalzahlung von hundert Euro zum Schuljahresbeginn werden auf Druck der SPD nun nicht nur bis zur zehnten, sondern bis zur 13. Klasse gewährt werden. Dies hatte die CDU/CSU bislang nur dann akzeptieren wollen, wenn zugleich steuerliche Abzugsmöglichkeiten für den Besuch von Privatschulen ausgeweitet würden, wozu die SPD nicht bereit war.

Profitieren sollen nun auch nicht nur Empfänger von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II sondern auch Familien mit geringen Einkommen

Am Ende der Diskussion dankten die Gäste Christine Lambrecht und verabschiedeten sich zum nächsten Termin.



Das Foto zeigt die Gruppe mit Christine Lambrecht im Paul-Löbe-Haus.